PRESSEMITTEILUNG

Wiesbaden, den 02.11.2026

Gewalt darf nicht den demokratischen Protest einer ganzen Generation diskreditieren

agah verurteilt die Ausschreitungen bei den Gen-Z-Demonstrationen auf das Schärfste und warnt vor pauschalen Schuldzuweisungen

„Die berechtigten Anliegen junger Menschen dürfen nicht hinter den Bildern von Ausschreitungen und Gewalt verschwinden. Junge Menschen, die friedlich für bessere Bildungschancen, bezahlbaren Wohnraum, soziale Gerechtigkeit und gegen die Wiedereinführung beziehungsweise Ausgestaltung der Wehrpflicht auf die Straße gehen, nehmen ein demokratisches Grundrecht wahr. Sie artikulieren ihre Sorgen, ihre Zukunftsängste und ihre Erwartungen an eine Politik, die ihre Lebensrealität ernst nimmt“, so der agah-Vorsitzende Enis Gülegen mit Blick auf die Proteste am Wochenende.

Daher wäre es fatal, wenn die berechtigten Forderungen einer ganzen Generation durch die Gewalttaten einer kleinen, radikalen und gewaltbereiten Minderheit in Misskredit geraten. Wer friedlichen Protest mit Gewalt überschattet, schadet nicht nur dem Anliegen der Demonstrierenden, sondern greift auch die demokratische Kultur unserer Gesellschaft an. Dabei spielt es keine Rolle, welcher ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft die Täterinnen und Täter angehören. Gewalt ist keine Frage der Herkunft, sondern eine Frage des individuellen Handelns und der persönlichen Verantwortung.

„Wir erwarten deshalb auch von den Migrantenselbstorganisationen eine klare und unmissverständliche Haltung und rufen sie dazu auf, jede Form der Gewalt zu verurteilen, die Vorfälle offen zu benennen und sich aktiv für ein friedliches und demokratisches Miteinander einzusetzen und die Jugendlichen mit Migrationsgeschichte zu sensibilisieren“, so Gülegen weiter.

Für die agah ist klar, dass die Verantwortlichen der Gewaltexzesse zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Ihr Vorsitzender Enis Gülegen: „Straftaten sind konsequent aufzuklären und nach den geltenden Gesetzen zu ahnden. Das ist keine Frage politischer Opportunität, sondern eine Selbstverständlichkeit unseres Rechtsstaates.“

Gleichzeitig warnt die agah die politischen Verantwortlichen aber davor, die Ausschreitungen für pauschale Schuldzuweisungen gegenüber Jugendlichen mit Migrationsgeschichte zu instrumentalisieren. Die Herkunft einzelner Tatverdächtiger darf nicht zum Anlass genommen werden, ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht zu stellen. Individuelle Verantwortung darf niemals in kollektive Schuld umgedeutet werden.

agah - Landesausländerbeirat
Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

T 0611 98995-0 | F 0611 98995-18
agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Es wäre ein gefährlicher politischer Fehler, wenn die Gewalttaten einer kleinen Minderheit dazu genutzt würden, die gesellschaftliche Zugehörigkeit und demokratische Teilhabeberechtigung junger Menschen mit Einwanderungsgeschichte infrage zu stellen. Genau diese pauschalisierende Logik spielt den Rechtspopulisten und rechtsextremistischen Kräften in die Hände. „Mit dem Schüren von Ressentiments ist keinem gedient – außer jenen, die weiter ihr rassistisches Süppchen kochen und die Gesellschaft spalten wollen“, so Gülegen.

Daher hätte sich der Dachverband der hessischen Ausländerbeiräte einen differenzierteren Blick auf die Geschehnisse des Wochenendes und weniger pauschale Diffamierung gewünscht. Das abschließende Fazit fasst Landesvorsitzender Enis Gülegen kurz und knapp zusammen: „Unsere Botschaft ist eindeutig: Keine Toleranz gegenüber Gewalt – keine Akzeptanz von Rassismus und Ausgrenzung! Eine demokratische Gesellschaft muss beides können: Gewalt entschieden zurückweisen und friedlichen Protest schützen.“

agah - Landesausländerbeirat
Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

T 0611 98995-0 | F 0611 98995-18
agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de